

KONJUNKTURREPORT

22. Jg., Ausgabe 4, Dezember 2022

Inflation und Unsicherheit belasten die Konjunktur

Die **Weltwirtschaft** wird durch die hohe Inflation und die Unsicherheit hinsichtlich der weiteren Entwicklung des Kriegs in der Ukraine belastet. In China kommen die Auswirkungen der strikten Null-Covid-Politik hinzu. In den vergangenen Wochen erreichten die Corona-Neuinfektionszahlen in China neue Höchststände seit Beginn der Pandemie. Daraufhin wurden strenge Lockdowns verhängt. Darunter leiden die Inlandsnachfrage und in der Folge die weltweiten Exporte nach China. Zudem sind immer wieder auch Fabriken betroffen, etwa in der Automobil- oder der Kommunikationsbranche. Damit steigt das Risiko neuerlicher Verwerfungen der globalen Lieferketten. Diese Störungen haben in den vergangenen Monaten nachgelassen, sind aber noch immer stärker als vor Ausbruch der Pandemie. In vielen Industrieländern machen sich inzwischen auch die Bremswirkungen der Zinsanhebungen durch die Zentralbanken bemerkbar, etwa bei den Investitionen. Im Sommer waren gleichwohl die weltweite Industrieproduktion und der Warenhandel noch robust, weil die hohen Auftragsbestände abgearbeitet werden konnten. Zudem profitierten Tourismus und Gastronomie von den Lockerungen der Corona-Eindämmungsmaßnahmen. Für das Winterhalbjahr sind die Aussichten wegen der Belastungsfaktoren schlechter. Die globale Inflation dürfte aber ihren Höhepunkt überschritten haben, denn die Preise für Öl, Gas und Industrierohstoffe haben über den Sommer nachgegeben.

In **China** stieg die Wirtschaftsleistung im dritten Quartal um 3,9 % gegenüber dem Vorquartal und machte damit den Rückgang aus dem zweiten Quartal mehr als wett. In den **USA** war die Wirtschaftsleistung um 0,6 % höher als im zweiten Quartal, nach zwei Quartalen mit Rückgängen. Getragen wurde das Wachstum vom privaten Konsum, der wiederum vom soliden Arbeitsmarkt gestützt wurde. Im Gegensatz zu Europa dürfte in den USA zudem die Inflation den Höhepunkt überschritten haben. In **Japan** wurde die Konjunkturerholung unterbrochen. Vor allem wegen eines negativen Beitrags vom Außenhandel ging das BIP um 0,3 % zurück. Im **Vereinigten Königreich** sank das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,2 %. Die Produktion im Ver-

arbeitenden Gewerbe wurde deutlich eingeschränkt, und die konsumnahen Dienstleistungsbranchen litten unter der gedrückten Konsumtenstimmung.

In der **EU27** und im **Euroraum** stieg das saisonbereinigte BIP im dritten Quartal um 0,2 %, nach 0,7 % bzw. 0,8 % im zweiten Quartal. Im Euroraum war die Wirtschaftsleistung um 2,1 %, in der EU27 um 2,8 % höher als vor Ausbruch der Corona-Pandemie. Vor allem der Tourismus, das Gastgewerbe und die damit verbundenen Wirtschaftsbereiche haben im Sommer von der Aufhebung der meisten Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung profitiert. In den anderen Sektoren machten sich die Belastungen durch die hohe Inflation und die europäische Energiekrise zunehmend bemerkbar. In Umfragen beurteilten die Unternehmen zuletzt ihre Geschäftslage und die Erwartungen deutlich pessimistischer.

In **Österreich** ging das BIP einer Schnellschätzung zufolge im dritten Quartal gegenüber dem Vorquartal um 0,1 % zurück, nachdem es in den ersten beiden Quartalen kräftig um 1,3 % bzw. 1,9 % zugelegt hatte. Die Exporte und die Anlageinvestitionen sanken zuletzt, während der private Konsum trotz der hohen Inflation die Konjunktur stützte. Entstehungsseitig machte sich der globale Abschwung vor allem im Verarbeitenden Gewerbe bemerkbar.

Für die Bundesländer stehen derzeit Produktionsdaten bis September 2022 zur Verfügung. Im Durchschnitt der ersten neun Monate ist die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe in **Kärnten** um 23,7 % und in ganz Österreich um 7,5 % gestiegen. Saisonbereinigt zeigt sich im Jahresverlauf eine deutliche Abschwächung mit einem Rückgang im September. Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Produktion in Kärnten im Durchschnitt der ersten neun Monate um 20,2 %, in Österreich insgesamt um 6,6 %. Die Bauproduktion erhöhte sich im ersten Dreivierteljahr in Kärnten um 3,7 %. Einem Anstieg um 4,5 % im Hochbau stand ein Rückgang um 2,9 % im Tiefbau gegenüber. In Österreich stieg die Bauproduktion um 3,2 % (Hochbau: 2,7 %, Tiefbau: 5,9 %). Auch in Kärnten dürften die hohe Inflation und die internationale Konjunkturabkühlung in den nächsten Monaten die Wirtschaftsaktivität belasten.

Klaus Weyerstraß

Kommentar: Volatilität von Strom- und Gaspreisen

Wie immer wieder hervorgehoben wird, stützt derzeit vor allem die Binnennachfrage die Konjunktur. Dieser Motor scheint ins Stocken geraten zu sein. Ökonomisch wird das mit der Inflation in Verbindung gebracht, allgemein lässt sich wohl auch historisch festhalten, dass Krisenzeiten generell den Konsum nicht anheizen.

Einer der wesentlichen Preistreiber ist der Angebotsschock am Gasmarkt, der sich dann unmittelbar auf den Strommarkt ausgewirkt und auch dort zu höheren Preisen geführt hat. Preissteigerungen haben auf den Gasgroßhandelsmärkten bereits im September 2021 eingesetzt. Seit diesem Zeitpunkt sind die Preise für Strom und Gas stetig angestiegen, um dann am 21. Dezember 2021 eine Spitze von etwa 430 €/MWh bei Strom und 130 €/MWh bei Gas am Spotmarkt zu erreichen. Aktuell liegen wir wieder etwa auf diesem Niveau.

Hintergründe der Preissteigerungen gab es mehrere. Auf der einen Seite gab es einen kräftigen Nachfrageschub bei verflüssigtem Erdgas im ostasiatischen Raum, der die frei verfügbaren LNG (Liquefied Natural Gas) Mengen verknappte. Andererseits waren die Gasspeicher Europas im Sommer 2021 auffällig leer geblieben, sodass die ursprünglich weiterhin niedrigen Preise in der EU langsam zu steigen begannen. Im September mehrten sich dann die Anzeichen, dass Gashändler durchaus bereit waren, höhere Preise zu bezahlen, um die Speicher zu füllen, um ihre Lieferverpflichtungen auch im Winter erfüllen zu können. Russland hatte mehrere Maßnahmen getroffen, um diese Situation zu stützen. Einerseits blieben die Speicher, die unter Kontrolle der Gazprom standen, weitgehend leer, andererseits verknappte Russland das Angebot, indem die üblichen Spotgaslieferungen von Gazprom nicht mehr angeboten wurden. Höhere globale Nachfrage und europäische außergewöhnliche Notwendigkeiten zur Speicherbefüllung nachfrageseitig sowie die angebotsseitige Verknappung haben also zur Preisexplosion im Dezember 2021 geführt. Die Situation hat sich dann trotz des Einmarsches in der Ukraine etwas beruhigt. Im Sommer 2022 haben dann allerdings viele EU-Staaten begonnen (darunter auch Österreich) mit staatlichen Mitteln große Gas-mengen zu beschaffen. Diese vollkommen preis-unelastische Nachfrage hat natürlich die Großhandelspreise in die Höhe getrieben, sodass die Preise Ende August 2022 grob 760 €/MWh für Strom und 310 €/MWh für Gas erreichten.

Die Spotmarkt-bewegungen waren aber, anders als in der Vergangenheit, im Gegensatz zu den Terminpreisen Y2023, noch relativ „beruhigt“. Diese stiegen bei Strom auf über 1000 €/MWh. Mit ein Auslöser der Preisrally waren die Befürchtungen hinsichtlich der auch längerfristigen

Nicht-Verfügbarkeit französischer Atomkraftwerke. Bisher liegt die Produktion aus diesen Kraftwerken um etwa 12 GW unter jener in früheren Jahren. Alleine dies führt zu zusätzlichem Gasverbrauch von ca. 250 GWh pro Tag, was etwa dem durchschnittlichen Tagesgasverbrauch Österreichs entspricht. Stromseitig verschiebt sich dadurch der Preis um dreißig 400-MW-Gasblöcke zu ineffizienteren Kraftwerken, die preissetzend wirken. Terminmarktpreise schwanken üblicherweise um wenige Prozentpunkte, da einfach auch die bewegten Gelder enorm sind, wenn die Lieferung konstant über einen längeren Zeitraum erfolgt. Die relativ geringe Vertragsmenge von 20 MW (das sind etwa 5 % der Leistung eines großen Gaskraftwerksblocks) im Quartalsprodukt wird so zu einem Vertragswert von 175 Mio. €, der dann im Risikomanagement entsprechend abzusichern ist. Ergebnis der hohen Preise ist daher eine Verkürzung der Vertragslaufzeiten.

Dies wäre in normalen Zeiten ein Grund zur Besorgnis. Die Terminkontrakte haben u.a. den Zweck die Preisschwankungen für Anbieter als auch für deren Kunden zu reduzieren, das Risiko also zu mindern. In der aktuellen Situation führen die kürzeren Vertragslaufzeiten aber dazu, dass hohe Preise nicht zu lange in die Zukunft tradiert werden, wodurch Endkunden-Lieferanten schneller von wieder sinkenden Großhandelspreisen profitieren können. Während die ursprünglich langfristig eingedeckten Lieferanten so ihre Kosten zumindest noch im Jahr 2022 unter den aktuellen Spotpreisen halten konnten, könnte dies bereits 2023 anders sein. Eine Einkaufsstrategie mit einer einjährigen Preisabsicherung könnte dann schon wieder teurer sein als neu beschaffte Energie. Dies sollte auch den Endkundenwettbewerb wieder beleben und Inflationsdämpfende Wirkung entfalten.

Die am 1. Dezember 2022 in Kraft tretende Stromkostenbremse hat in diesem Zusammenhang drei wesentliche Effekte. Kritisiert wurde die potenziell verbrauchssteigernde Wirkung. Das ist sicherlich nicht ganz falsch. Andererseits ist die Bremse wirtschaftlich dazu angetan, die Kaufkraft der Haushalte zu steigern und auch die Inflationsrate zu senken. Der erste Effekt sollte die Binnennachfrage erhöhen, während der zweite helfen sollte, die Inflationsspirale zu durchbrechen. Mit Dezember 2022 bei Strom und Februar 2023 bei Gas nächsten Jahres ist davon auszugehen, dass Strom und Gas keinen wesentlichen Beitrag zur Inflationsrate mehr liefern. Mit dem Auslaufen der Bremse 2024 ist dann wieder mit einem Preisschub zu rechnen.

Alfons Haber

Prof. DI Dr. Alfons Haber, MBA ist seit März 2021 Vorstand der E-Control.

Kommentar: Lobbying zahlt sich aus

Das Ergebnis der kürzlich zu Ende gegangenen UN-Klimakonferenz COP 27 in Ägypten, ein leerer Klimafonds, kann nur als äußerst ernüchternd und Realitätsverweigerung bezeichnet werden. Im Grunde ist der seit vielen Jahren offensichtliche Mangel an substantiellem Fortschritt jedoch nicht verwunderlich: Die Erdöl- und Erdgasindustrien waren an der Konferenz mit über 600 Lobbyisten vertreten, was alleine gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von mehr als 25 % entspricht. Nächstes Jahr wird die Konferenz in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfinden. Ob da etwas weitergehen wird?

„Dank“ Lobbyismus wird in den Abschlusserklärungen aller(!) bisherigen COPs der Ausstieg aus fossilen Energieträgern nicht einmal thematisiert. Fossile Energieträger werden insgesamt gerade sechsmal erwähnt und auch nur im Zusammenhang mit Energieeffizienzsteigerungen, die nicht notwendigerweise zu einer tatsächlichen Reduktion des Verbrauchs führen. Lediglich eine Beschränkung des ungebremsten Verbrennens von Kohle wurde vor einem Jahr in Glasgow vereinbart. Wenn es nicht einmal möglich ist, eine wichtige Ursache eines Problems zu benennen, wie soll dann eine Lösung gelingen? Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass das Format der bisherigen Verhandlungen immer häufiger in Frage gestellt wird.

Ein anderer Wirtschaftsbereich, der auf globaler Ebene in bedeutendem Ausmaß zum Klimawandel beiträgt, ist die Landwirtschaft, vor allem in Form von Viehzucht. Auch hier gibt es eine einflussreiche Interessensvertretung, die sinnvolle und notwendige Änderungen erfolgreich torpediert. Viehzucht kommt überhaupt nur in drei COP-Abschlussdokumenten vor. Selbstverständlich ist nirgends die Rede von Reduktion, lediglich „Management“ wird thematisiert. Auf Viehzucht entfallen zwischen 16,5 und 28 Prozent aller Treibhausgasemissionen. Selbst wenn der niedrigere Wert zutreffen sollte, entspräche dies höheren Emissionen als sie der gesamte weltweite Transportsektor verursacht.

Im österreichischen Klima- und Energieplan wird eine Reduktion des Fleischkonsums gefordert. Auch die *Farm to Fork*-Strategie der EU hat sich zum Ziel gesetzt, den ökologischen und klimatischen Fußabdruck des Lebensmittelsystems zu verringern. Diese Strategie betont die Notwendigkeit eines Wandels hin zu einer hauptsächlich pflanzlichen Ernährung, weil damit zusätzlich das Krebsrisiko verringert und negative Umweltauswirkungen des Systems zur Herstellung von Lebensmitteln reduziert werden können.

Energiesicherheit ist angesichts des Krieges in der Ukraine ein omnipräsentes Thema, mehr noch als Lebensmittelsicherheit. Österreich ist

bei einigen landwirtschaftlichen Produkten durch einen hohen Selbstversorgungsgrad ausgezeichnet (Rind- und Kalbfleisch 145 Prozent, Schweinefleisch 106 Prozent, Brotweizen 239 Prozent, Trinkmilch 177 Prozent). Von der gesamten Getreidemenge, die in Österreich geerntet wird, steht der Großteil jedoch nicht unmittelbar für die menschliche Ernährung zur Verfügung. Die Hälfte wird als Tierfutter verwendet, rund 10 Prozent als Beimischung zum ethisch äußerst fragwürdigen Agro-Sprit, der uns als vermeintlicher Beitrag zu Nachhaltigkeit angedreht wird. Weniger Tierhaltung wäre gut für die Umwelt, den Boden, das Klima, die Artenvielfalt, die Gesundheit und die Versorgungssicherheit. Mehr am Teller, weniger im Trog und im Tank sollte das Ziel sein, nicht jedoch die konventionelle Bewirtschaftung ökologisch sensibler Flächen.

Die Freigabe von Brachflächen zur Erhöhung der Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln greift zu kurz und ist offensichtlich auch auf intensives Lobbying zurückzuführen, obwohl dieses Ziel dauerhafter durch eine Änderung der Ernährungsgewohnheiten erreicht werden könnte. In den letzten Jahren ist der pro-Kopf-Fleischkonsum auf in Österreich auf 60,5 Kilo gesunken; im internationalen Vergleich ist das sehr viel und noch um ein Mehrfaches über den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation.

Der Anteil der Land- und Forstwirtschaft an der gesamten Bruttowertschöpfung beträgt in Österreich gerade 1,2 Prozent (in Kärnten 1,6 Prozent), allerdings verursacht die Landwirtschaft mehr als 10 Prozent der Treibhausgasemissionen. In Deutschland stehen der landwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung von 21 Mrd. Euro externe Kosten in Höhe von rund 90 Mrd. Euro gegenüber, d.h. der durch die Landwirtschaft verursachte ökonomische Schaden beträgt ein Vielfaches ihrer Wertschöpfung. Selbst wenn die Relation in Österreich auch nur annähernd dieselbe wäre, wäre es offensichtlich, dass wir uns als Gesellschaft einen zweiten Wirtschaftsbereich wie die Landwirtschaft nicht leisten könnten.

Die Internationale Energieagentur geht in ihrem aktuellen Weltenergieausblick davon aus, dass die globale Nachfrage nach fossilen Energieträgern in den nächsten Jahren ihr Maximum erreichen wird. Es wird Zeit, dass – analog zu *peak oil* – auch *peak meat* und *peak milk* absehbar werden. Auf eine Empfehlung der Agrarlobby zur Reduktion des Milch- und Fleischkonsums werden wir vergeblich warten müssen. Aber vielleicht wird das gar nicht notwendig sein, weil sich gemäß Fleischatlas von Global 2000 mittlerweile vier Prozent der Menschen in Österreich vegetarisch und ein bis zwei Prozent vegan ernähren. Dabei sind die Jungen die Vorreiter und die Carnivoren ohnehin vom Aussterben bedroht.

Norbert Wohlgemuth

Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Digital and green (twin) transition readiness

Score 0-100, Quartile rot, orange, gelb, grün

	Growth potential	Readiness digital transition	Readiness green transition	Twin transition growth potential
Burgenland	27,3	22,0	61,4	25,3
Kärnten	23,4	22,5	55,6	22,1
Niederösterreich	33,5	28,8	41,2	25,6
Oberösterreich	24,3	28,9	56,8	25,5
Salzburg	25,2	30,8	68,4	30,0
Steiermark	25,8	24,7	28,9	16,9
Tirol	25,9	29,5	46,3	23,7
Vorarlberg	25,3	31,9	51,3	25,8
Wien	38,6	37,7	43,6	32,3

Quelle: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/the-future-of-eu-cohesion>;
eigene Darstellung KIHS

Versorgung mit Festnetz-Breitbandanschlüssen

Viertes Quartal 2021, Versorgungsgrad in Prozent

	%
Burgenland	91,4
Kärnten	82,4
Niederösterreich	84,5
Oberösterreich	84,3
Salzburg	98,7
Steiermark	85,3
Tirol	88,0
Vorarlberg	91,5
Wien	97,7

Quelle: RTR; eigene Darstellung KIHS

Downloadgeschwindigkeit je Bundesland

Erstes Quartal 2022, Median in Mbit/s

	%
Burgenland	35
Kärnten	33
Niederösterreich	35
Oberösterreich	33
Salzburg	37
Steiermark	33
Tirol	35
Vorarlberg	36
Wien	49

Quelle: RTR; eigene Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Universitätsstraße 65-67
9020 Klagenfurt
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten und der Industriellenvereinigung Kärnten vier Mal jährlich.

Redaktionsschluss: 30.11.2022

Bruttowertschöpfung des landwirtschaftlichen Wirtschaftsbereichs im Jahr 2021

zu laufenden Herstellungspreisen

	2021 in Mio. Euro	% zu Vorjahr
Burgenland	288,9	+16,8
Kärnten	126,0	+12,9
Niederösterreich	1.314,3	+29,4
Oberösterreich	783,0	+8,0
Salzburg	149,4	+21,5
Steiermark	681,0	+4,1
Tirol	157,5	+15,7
Vorarlberg	55,1	+2,6
Wien	67,2	+20,1
Österreich	3.622,4	+16,0

Quelle: https://www.statistik.at/fileadmin/publications/SB_1-37_LGR_2021.pdf; eigene Darstellung KIHS

Bruttowertschöpfung des Wirtschaftsbereichs Forstwirtschaft im Jahr 2021

zu laufenden Herstellungspreisen

	2021 in Mio. Euro	% zu Vorjahr
Burgenland	33,7	+12,4
Kärnten	149,3	+49,8
Niederösterreich	212,5	+14,8
Oberösterreich	174,6	+25,0
Salzburg	70,5	+49,7
Steiermark	278,6	+51,0
Tirol	76,2	+40,2
Vorarlberg	19,4	+41,5
Wien	1,5	+2,2
Österreich	1.016,3	+34,5

Quelle: https://www.statistik.at/fileadmin/publications/SB_1-39_FGR_2021.pdf; eigene Darstellung KIHS

Bevölkerungsprognose für Österreich

nach Bundesländern, 2021, 2040, 2080

	2021	2040	2080
Burgenland	296.704	313.884	333.754
Kärnten	563.176	558.763	535.866
Niederösterr.	1.695.013	1.816.785	2.038.729
Oberösterreich	1.500.043	1.620.682	1.765.782
Salzburg	561.416	599.123	640.116
Steiermark	1.249.278	1.297.239	1.318.157
Tirol	761.596	812.046	846.681
Vorarlberg	400.469	440.040	490.070
Wien	1.923.825	2.198.501	2.582.968
Österreich	8.951.520	9.657.064	10.552.122

Quelle: <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2022/11/20221130Bevoelkerungsprognose2022.pdf>;
eigene Darstellung KIHS

Gemäß der aktuellen Prognose dürfte die Bevölkerung in Österreich zwischen 2021 und 2040 um 7,9 % zunehmen. Das Wachstum ist dabei ungleich verteilt: Während die Bevölkerung in Kärnten abnimmt, wächst sie in Wien um 14,3 %. Bis 2080 könnte der Anteil der Kärntner Bevölkerung an der Bevölkerung Österreichs von 6,3 % auf 5,1 % fallen. Eine detaillierte Alterspyramide findet sich auf https://www.statistik.at/atlas/bev_prognose/.